

390/AE XX.GP

Entschließungsantrag

der Abg. Dr. Povysil, Dr. Pumberger Mag. Haupt, Dr. Salzl  
betreffend Ausbildungsinitiative in Gesundheitsberufen für  
Österreicher/innen

Schon bei der Verfügbarkeit von Ausbildungsplätzen wird das Bestreben  
von Österreicher/innen, die Gesundheitsberufe ergreifen und sich darin  
qualifizieren wollen, von den zuständigen Stellen im Keim erstickt.

Die zahlreichen sozialdemokratischen Gesundheitsminister/innen haben  
jahrelang tatenlos zugesehen, wie die Betreiber von Krankenanstalten  
die Ausbildungskosten herunterdrückten und damit viele Menschen um eine  
Berufschance brachten, während sie gleichzeitig die Personallücken mit  
ausländischem Billigpersonal stopften.

Das durch fehlende Ausbildungsplätze fehlende österreichische Personal  
wird ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Folgekosten in Österreich und  
Gesundheitspersonalmangel in weniger entwickelten Ländern auf dem inter-  
nationalen Arbeitsmarkt beschafft.

Österreichweit liegt der Anteil an ausländischen Arbeitskräften beim  
Gesundheitspersonal bereits bei ca. 15 % , in Wien schon wesentlich höher.

Dort wird beim Eingang jeder Krankenanstalt auf Werbetafeln verkündet,  
daß hier Menschen auf aller Welt im Dienste der Gesundheit tätig sind.

Pannen zum Schaden der Patienten wie im Turmbau zu Babel, also den  
AKH Wien, sind offenbar einkalkuliert und werden mit Hilfe des  
Patientenanwalts auf dem Wege von Einmalzahlungen an Geschädigte oder  
deren Hinterbliebene "klaglos bereinigt" .

Von der beachtlichen Zunahme der Beschäftigtenzahlen in österreichischen  
Krankenanstalten konnten die Österreicher/innen kaum profitieren.

Österreichische Jugendliche finden immer weniger Ausbildungs- und  
Arbeitsplätze, die Arbeitslosigkeit bei österreichischen Frauen, ins-  
besondere Wiedereinsteigerinnen, ist besorgniserregend hoch. Der früher  
sehr hohe Ausbildungsstandard bei den tatsächlich praktizierenden Ange-  
hörigen von Gesundheitsberufen droht zu sinken, da "wir immer wieder in  
Feuerwehraktionen Schwestern aus Indien oder von den Philippinen holen" ,  
wie dies der ÖVP-Abgeordnete Rasinger im Kurier am 16.2.1997 formulierte.  
Erschwerend kommt dazu, daß diese "Feuerwehrtruppen" offenbar sofort in  
den Krankenhäusern und Pflegeanstalten zum Einsatz kommen, ohne daß  
zuerst überprüft wird, ob eine gleichwertige und gleichrangige Ausbildung  
absolviert wurde. Das Mißgeschick" der polnischen Krankenschwester, die  
eine Patientin mittels Kaliumchloridinjektion irrtümlich zu Tode brachte  
und danach abgeschoben wurde, ist noch in frischer Erinnerung.

Diese arbeitsmarktpolitische Fehlentwicklung zum Schaden der Patienten  
und der österreichischen Arbeitnehmer/innen muß umgehend korrigiert  
werden.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten den nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird dringend  
ersucht, eine Ausbildungsinitiative in Gesundheitsberufen für Österreicher/  
innen zu starten, mit den Zielen

österreichischen Jugendlichen qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten  
in allen Gesundheitsberufen zur Verfügung zu stellen, damit sie nach  
absolviertem Ausbildung ihre Berufschancen im gesamten EU Raum auch  
wirklich wahrnehmen können,

österreichische Frauen, insbesondere Wiedereinsteigerinnen und

Arbeitslose, nach erfolgreicher Schulung an verantwortungsvollen und entsprechend entlohnten Arbeitsplätzen im Gesundheitsbereich unterzubringen,

den Ausländeranteil von Österreichweit 15%, ja sogar 30% bei Pflegehelfern in Spitälern, schrittweise zu reduzieren,

den Ausbildungsstandard und die Arbeitsbedingungen wieder auf ein patientengerechtes Niveau zu heben.

In formeller Hinsicht wird eine Zuweisung an den Gesundheitsausschuß beantragt.